Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis pränumerando frei ins Haus 1 Mark (monatlich 3 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 3 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Freidenker", „Der kommunistische Gemeinschaftler", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sturm" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 19 205. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto: Nr. 19 456 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreise: 20 Goldpfennige für die viermal gespaltene Nonpareillezeile, 10 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 60 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend an den vorgeschriebenen Einzelmarkt ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 27. August 1925 | Nummer 115

Ein neuer Schritt zur Einheitsfront der Gewerkschaften

Vereinigung des Bergarbeiter-Verbandes und der Industriegruppe Bergbau-Union

Essen, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag fand zwischen dem Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes und der Leitung der Bergbau-Union eine endgültige Einigungskonferenz statt, die erfolgreich abgeschlossen wurde. Die Verhandlungsteilnehmer geben darüber folgende gemeinsame Auslassung bekannt: „Bekanntlich haben schon in der Vorwoche auf Wunsch der Leitung der Bergbau-Union **Verhandlungen mit dem Vorstand des BAV. über den Eintritt der Mitglieder der Union in den BAV.** stattgefunden. Der Gesamtvorstand des BAV. hat am 24. August zu dieser Frage Stellung genommen und Richtlinien aufgestellt, die für den Uebertritt der Union zum Verband maßgebend sein sollen. In diesen Richtlinien wurde den **Wünschen der Union weitgehendst nachgekommen.** Am Dienstag, den 25. August fand darauf erneut eine Besprechung statt. Da völlige Uebereinstimmung erzielt wurde, kann mitgeteilt werden, daß

der Uebertritt der Mitglieder der Union zum BAV. bis zum 19. September dieses Jahres in den einzelnen Verbands-Zahlstellen erfolgt sein muß.

Nach dem 19. September werden Uebertritte nicht mehr angenommen, sondern es kommen dann nur Neuaufnahmen in Frage. Die Mitgliedsbücher sind den zuständigen Ortsverwaltungen des Verbandes zu übergeben. Die Bücher werden dann zur Ausfertigung neuer Mitgliedsbücher weitergeleitet. **Ueber frühere Ausgeschlossene** wird nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts verfahren. Jedoch soll diese Bestimmung loyal angewandt werden. Es entscheidet auf Antrag der Zahlstelle der Verbandsvorstand über die Wiederaufnahme. Ebenso loyal soll in Fällen, wo die Zahlstelle und Geschäftsstelle des BAV. gegen den Uebertritt der einzelnen Mitglieder besonders etwas einzuwenden hat, verfahren werden. Ausdrücklich wird betont, daß die übertretenden Mitglieder der Union das Verbandsstatut und die Gewerkschaftsversammlungsbeschlüsse anerkennen. Beisitzer zur Arbeitskammer zum Bergwerksgericht, Knappschaftsangestellte und Betriebsratsmitglieder bleiben in ihren Funktionen. Ausdrücklich wird der Appell an die Mitglieder der Union und des BAV. gerichtet, den Uebertritt **in kameradschaftlichem Geist zu vollziehen und durch gemeinschaftliche Agitation den letzten Bergarbeiter dem Verband zuzuführen."**

Eine Anfrage aus Kreisen der Union wird uns dazu noch mitgeteilt, daß gemäß Abschnitt 4 der schriftlichen Richtlinien

die in der Union durch Beitragsleistung erworbene Mitgliedschaft angerechnet wird

und daß gleichzeitig die frühere Mitgliedschaft des BAV. ohne Unterbrechung zur Anwendung kommt, so daß in diesem Falle die früher im BAV. geleisteten Beiträge denselben angerechnet werden. Nach dieser Bestimmung ist der Weg frei zur Vereinigung beider Organisationen.

Die Richtlinien werden in den Verbandszeitungen veröffentlicht.

Dieser gemeinsame Beschluß der Bergbau-Union und des BAV., die gewerkschaftliche Einheit des Bergbauproletariats herzustellen, ist für das gesamte Proletariat Deutschlands von größter Bedeutung. Er beweist, daß der Wille der Arbeitermassen nach gewerkschaftlicher Einheit sich trotz der Widerstände erfolgreich Bahn bricht und daß die widerstrebenden Gewerkschaftsbureaukraten gezwungen werden können, dem Verlangen der Arbeiter Rechnung zu tragen, wenn nur der nötige Druck von unten vorhanden ist.

Was bei den Bergarbeitern möglich ist, das muß auch überall dort möglich sein, wo die Gewerkschaftsbewegung noch zersplittert ist, bei den Bauarbeitern, den Eisenbahnern usw. Die Bauarbeiter stehen gegenwärtig in schwerem Kampfe gegen die Willkürherrschaft der Baugewaltigen. Die Lehre aller Kämpfe, daß nur in einheitlicher, geschlossener Front der Angriff des Unternehmertums zurückgeschlagen werden kann, muß auch die Bauarbeiter, ob im Bauarbeiter-Verband oder im Verband der Ausgeschlossenen, veranlassen, sofort den stärksten Druck dafür einzusetzen, daß die gewerkschaftliche Einheit so rasch wie möglich zustande kommt. Dasselbe gilt für die Eisenbahner, die gleichfalls vor dem offenen Kampf mit den Dawes-Ausbeutern stehen. Selbstverständlich müssen für den Eintritt in die Verbände mindestens die Bedingungen erfüllt werden, die bei den Bergarbeitern die Herstellung der Einheit ermöglichten.

Ist die gewerkschaftliche Einheit hergestellt, dann ist die Grundlage für einen systematischen Kampf um die Revolutionierung und Eroberung der Gewerkschaften geschaffen. Alle mit der Politik der Gewerkschaftsbureaukratie unzufriedenen Arbeiter müssen zu einem linken Oppositionsblock zusammengefaßt werden, der gegen die verderbliche Politik des ADGB. den Kampf aufnimmt und die Gewerkschaften wieder zu einem schlagkräftigen Kampfinstrument macht, vor dem die Ausbeuter in Deutschland ebenso zittern wie die in England vor der roten Klassenfront des englischen Proletariats!

Vorwärts im Kampf um die Gewerkschaftseinheit!

Schafft schlagfertige Kampforganisationen des Proletariats!

•

Die Textilarbeiter fordern ein gewerkschaftliches Schutz- und Trutzbündnis

Chemnitz, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) In 5 Mitgliederversammlungen nahm die Chemnitzer Textilarbeiterschaft am Dienstag Stellung zur Lohnfrage und zu der angedrohten Aussperrung im Textilgewerbe. In einer Versammlung wurde eine Resolution der Opposition angenommen, die ein gewerkschaftliches Schutz- und Trutzbündnis, sowie die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen oppositionellen Kollegen fordert. Weiter wurde die Festhaltung an der 20prozentigen Lohnforderung verlangt. In 3 Versammlungen wurde von der Verbandsbureaukratie eine ähnlich lautende Resolution unterschlagen. In den Versammlungen herrschte große Entrüstung über die Sabotage der Verbandsbureaukratie. Die Arbeiter werden in Betriebsversammlungen Stellung zum Lohnkampf und für die Aussperrung nehmen.

Streikabdrosselung statt Industrieorganisation

Der neueste Beschluß der ADGB.-Bureaukratie zur Organisationsfrage auf dem Gewerkschaftskongreß

Ein vollkommener Sieg der schwärzesten Reaktionäre, das ist der mit allen gegen drei Stimmen gefaßte Beschluß des ADGB.-Ausschusses zur Frage: **Berufs- oder Industrieverbände** in einer Sitzung vom 12. und 13. August. **Dißmann** blieb mit seinem Antrag, der sich auf den in Leipzig mit 4,864 125 gegen 1,925 972 Stimmen gefaßten Beschluß stützt, vollkommen allein. Für seinen Antrag, der in der vorhergehenden Ausschußsitzung noch die Mehrheit auf sich vereinigte, stimmten außer ihm nur noch der zweite Vertreter des DMV., Brandes, und vermutlich der Vertreter der Filmgewerkschaft. Die **Paeplow** (Baugewerksbund), **Feinhals** (Textil), **Husemann** (Bergbau), **Hauriesen** (Buchbinder), **Becker** (Gemeindearbeiter), **Scheffel** (Eisenbahner) u. a. schwenkten im entscheidenden Augenblick in das Lager der **Tarnow, Graßmann, Graßmann und Genossen ein. Unter** Ablehnung bzw. Zurückziehung aller übrigen Anträge wurde eine Entschließung, die dem Breslauer Gewerkschaftskongreß zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll, angenommen, die sich eingangs in demagogischer Weise „im Prinzip" für die Schaffung von Industrieorganisationen ausspricht, aber dann in ihrem weiteren Wortlaut nichts anderes ist, als die teils wörtliche oder sinngemäße Wiederholung des berüchtigten ADGB.-**Streikreglements.**

Also das auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß einmütig abgelehnte, aber von einer späteren Bundesausschußsitzung beschlossene Streikreglement, das den ausgesprochenen Zweck verfolgt, die Kämpfe des Proletariats im **„Interesse des Wirtschaftslebens"** abzuwürgen, die letzten Mitgliederrechte bei der Kampfführung auszuschalten und die unumschränkte Herrschaft der Bureaukratie sicherzustellen, als Ersatz für die notwendige Schaffung von Industrieorganisationen! **Das ist das Ergebnis** und der Abschluß des heftigen Streites der Bureaukraten um die Frage Berufs- oder Industrieverband.

Damit haben die reformistischen, **den Bestand des Kapitalismus** anerkennenden ADGB.-Führer ihre Maske gelüftet. Sie zeigen der deutschen Arbeiterklasse und **den Millionen Gewerkschaftsmitgliedern** mit zynischer Offenheit, **daß sie die Frage der** Organisationsform in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nur von dem Standpunkt aus betrachten, wie sie ihre reaktionäre Politik und die Unterdrückung jeder revolutionären und klassenbewußten Regung in der Arbeiterschaft durchführen können.

Was stand bei der Bureaukratie, was steht bei der Mitgliedschaft der Gewerkschaften zur Debatte? Und was hat das Streikreglement mit der Frage der Industrieorganisation zu tun?

Das veraltete System der Berufsverbände, **die Tatsache,** daß in jedem Betrieb mehrere, oft Dutzende von Berufsverbänden vertreten sind, hemmt seit Jahren, ja seit Jahrzehnten, jeden zielbewußten und einheitlichen Kampf der Arbeiter gegen das Unternehmertum, hemmt auch einen wirklichen geschlossenen Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation und verhindert die restlose Ausnützung der in der Masse des Proletariats steckenden Organisations- und Kampfkräfte. Die Beseitigung dieser Zersplitterung und den Zusammenschluß aller Proletarier eines Betriebes, eines Industriezweiges in e i n e Organisation ist daher zur Lebensfrage der Arbeiterbewegung, zur Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes gegen das Kapital überhaupt, geworden. Dieser Tatsache konnten sich auch die verbohrtesten Berufsverbandsanhänger und -Bureaukraten nicht entziehen, zumal es zwischen den einzelnen Organisationsleitungen zu immer häufigeren Differenzen bei kleineren und größeren Kämpfen, wie auch in der Frage der Organisationszugehörigkeit der einzelnen Arbeiter kam.

Die ADGB.-Bundesleitung hat aber niemals auch nur den Versuch gemacht, daraus die einzig konsequenten Schlußfolgerungen, Schaffung von Industrieverbänden, zu ziehen, sondern sie sah in diesen Differenzen nur eine Schwäche der Führer der einzelnen Verbände, die es nicht genügend gut verstanden, den Kampfwillen der Mitgliedermassen, die Streiks zu unterdrücken. Und deshalb legte sie dem letzten Gewerkschaftskongreß einen Antrag, eben das Streikreglement, zur Beschlußfassung vor. Durch dieses Reglement sollte auch die letzte selbständige Regung der Mitglieder, die Initiative der Masse zum Kampf gegen das Unternehmertum, erstickt werden. Das geht aus folgenden Bestimmungen des Streikreglements hervor. Es heißt da:

„Keine Gewerkschaft darf selbständig für sich allein ihre Forderungen aufstellen, ehe sie nicht mit den übrigen beteiligten Verbänden Rücksprache genommen und eine entsprechende Verständigung versucht hat.... Wird ein Tarifvertrag abgeschlossen, der für die Gesamtheit der Beschäftigten aus allen Berufen gelten soll, so ist j e d e beteiligte Gewerkschaft auf ihr Verlangen zur Anerkennung des Vertrags als Vertragsteilnehmer mit ihrer Unterschrift zuzulassen.... In j e d e m Falle ist Vorsorge zu treffen, daß Mitglieder eines anderen Berufes stets durch einen Vertreter ihrer eigenen Gewerkschaft vor der Tarifinstanz vertreten werden können....

Bei Streiks, die nicht nach diesen Richtlinien eingeleitet und nicht vom Verbandsvorstand genehmigt sind, wird die Unterstützung versagt....

Läßt es eine Gruppe an der gebührenden Rücksichtnahme auf das Interesse und die Stellung der Mehrheit fehlen, so kann sie nicht verlangen, daß ihr gegenüber Solidarität geübt wird."

Das sind die entscheidenden Bestimmungen des Streikreglements, das jetzt, wie die „Gewerkschaftszeitung" offiziell ankündigt, auf dem Gewerkschaftskongreß anstelle eines Beschlusses zur Schaffung von Industrieverbänden ausdrücklich bekräftigt und vom

Die Riesenaussperrung im Baugewerbe beginnt

Berlin, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) **Trotz der heute im Reichsarbeitsministerium stattfindenden Verhandlungen der Bauunternehmer mit der Regierung rechnet jetzt der „Vorwärts" bestimmt mit einer Generalaussperrung von insgesamt 600000 Bauarbeitern am Sonnabend. Der „Vorwärts" nennt die Verhandlungen Scheinverhandlungen und die Beratung über den Antrag der Unternehmer auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 14. August eine Formfrage.**

Zur Sicherheitsnote der französischen Regierung

Völlige Unterwerfung unter das Ententediktat

Berlin, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Als Antwort auf die französische Note wird eine offiziöse Stellungnahme der deutschen Regierung zur französischen Antwortnote veröffentlicht. Eingangs ihrer Erklärung sagt die deutsche Regierung, daß sie einverstanden ist mit der Bedingung des Notenwechsels und der Aufnahme geheimer diplomatischer Besprechungen. Die Regierung sagt ferner, daß sie keine Aufrollung der kritischen Fragen in der Oeffentlichkeit will. Schließlich wird das Bekenntnis zum Völkerbund betont und anerkannt, daß Deutschland bereit ist, **bedingungslos dem Völkerbund beizutreten.** In der Antwort der deutschen Regierung wird zum Schluß die Kriegsschuldfrage und die Besetzung der ersten rheinischen Zone aufgerollt. Es werden jedoch in diesen Fragen keine positiven Forderungen gestellt, sondern die Fragen werden lediglich dilatorisch behandelt. Im ganzen genommen bedeutet die vorläufige Antwort der deutschen Regierung auf die französische Note das Eingeständnis der völligen Unterwerfung unter die Befehle der Entente-Imperialisten. Dem „Vorwärts" ist das noch zu wenig Unterwürfigkeit. Er verlangt mehr Aktivität in der Frage des Eintritts in den Völkerbund.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft besucht heute abend ½8 Uhr in der „Reichskrone", Bischofsweg, den

Ehrenabend für die russischen Arbeitersportler

Künstlerische Darbietungen, russische und deutsche Ansprachen — Eintritt 10 Pfennig

Arbeiterausschuß für Rußland-Delegationen